Dem Strommarkt droht ein Kurzschluss

Die EU-Kommission erwägt, gewisse Energiefirmen stärker zu besteuern – das gefährdet die laufende Liberalisierung des Sektors

CHRISTOPH G. SCHMUTZ, BRÜSSEL (TEXT),
JONAS OESCH (GRAFIK)

Was ist nur los mit dem Strommarkt? Diese Frage stellt sich derzeit so mancher in der Schweiz und erst recht viele in der Europäischen Union. In Brüssel kostet eine Kilowattstunde Strom in einem auf ein Jahr fixierten Vertrag für den Endabnehmer statt 14 Cent neuerdings 61 Cent. Mit dieser Menge an Elektrizität kann man, so rechnet das deutsche Vergleichsportal Verivox vor, einen Hefekuchen backen.

Wer an der grössten Strombörse Europas, der EEX in Leipzig, jüngst einen Terminkontrakt für eine Megawattstunde – 1000 Hefekuchen –Strom im kommenden Jahr kaufen wollte, sah sich ebenfalls mit extremen Preissteigerungen konfrontiert. Am Freitag vor einer Woche kratzte der Preis an der 1000-Euro-Grenze.

Von der Leyen im Dilemma

Der Kurs dieses in Europa am meisten gehandelten Referenz-Stromkontraktes war an einem einzigen Tag um 200 Euro gestiegen. Die EEX sah sich deshalb genötigt, eine Mitteilung zu veröffentlichen, weshalb sie den Handel nicht unterbrochen habe. Die Preise seien «ordnungsgemäss» zustande gekommen, schrieb die Firma, und ein vorübergehender Stopp des Marktes sei deshalb nicht nötig.

Es ist verständlich, dass diese Preisentwicklung Unsicherheit auslöst. Denn der Preis für einen sogenannten Cal23-Kontrakt lag vor einem Jahr noch bei rund 73 Euro. Nach dem Hoch Ende vergangener Woche ging es jedoch wieder rasant nach unten, und der Kurs schloss unter 600 Euro.

Am Montag hatte die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, im slowenischen Bled eine «Notlösung» für den Strommarkt angekündigt. Die durch die Decke gehenden Strompreise zeigten die Grenzen dieses Marktes auf, sagte sie. Dieser sei unter völlig anderen Voraussetzungen und für völlig andere Zwecke konzipiert worden und werde nun seinem Zweck nicht mehr gerecht. Deshalb sei eine Strukturreform des Strommarktes nötig.

Strom ist ein eigentümliches Gut, und der Handel damit funktioniert deshalb anders als bei einem Apfel oder bei Erdgas. Elektrizität kann nicht gelagert werden, und im Übertragungsnetz muss das Angebot zu jeder Zeit die Nachfrage decken, sonst drohen Ausfälle.

Bis in die 1990er Jahre wurde die Stromversorgung auch in Europa in der Regel von nationalen oder regionalen staatlichen Monopolisten organisiert, die den Strom in ihren eigenen Kraftwerken herstellten, ihn transportierten und den Endkunden verkauften.

> Von der Leyen schätzt den Markt gering
>
> Kommentar auf Seite 24

Nachdem zuerst Margaret Thatcher den Stromsektor in Grossbritannien zu privatisieren begonnen hatte, startete wenig später auch die EU die Liberalisierung dieses Marktes. Einem ersten Gesetzespaket 1996 folgten drei weitere in den Jahren 2003, 2009 und 2019, die dazu führten, dass heute bei der Erzeugung von Strom und dem Vertrieb an die Endkunden weitgehend Wettbewerb herrscht. So können Kunden in der EU anders als in der Schweiz ihren Stromlieferanten frei wählen. Der Staat reguliert allerdings weiter die Übertragungsinfrastruktur, da der Aufbau konkurrierender Hochspannungsleitungen als ökonomisch wenig sinnvoll beurteilt wird.

Als Folge der Liberalisierung kam es zu einer Konsolidierung im Strommarkt, es bildeten sich einige grosse, europaweit tätige Anbieter wie RWE und E.On in Deutschland sowie EDF in Frankreich. Diese integrierten zunächst erneut die gesamte Wertschöpfungskette. Doch mit der Energiewende kam es jüngst zu verschiedenen Abspaltungen und Umstrukturierungen.

So lagerte beispielsweise E.On 2016 die Stromerzeugung in herkömmlichen Kraftwerken mit Erdgas und Kohle in die Firma Uniper aus und fokussiert sich seither auf Vertrieb und Netze. RWE dagegen legt den Schwerpunkt auf die Stromerzeugung. Entsprechend konnte RWE jüngst von den gestiegenen Preisen profitieren und hat zum Halbjahr die Gewinnprognose für 2022 kräftig erhöht.

Merit-Order könnte kippen

Doch nun könnte das Unternehmen zu den Verlierern gehören, sollte die Kommission ihre Reformideen umsetzen und im Strommarkt intervenieren. Das hat mit der sogenannten Merit-Order zu tun (Reihenfolge der Vorteilhaftigkeit), welche die Preise auf dem wichtigsten Strommarkt in Europa bestimmt. Dabei handelt es sich um die erwähnte EEX in Leipzig und den sogenannten Markt für Strom für den Folgetag («day-ahead market»).

An dieser Börse können Marktteilnehmer ihre langfristigen Verträge «abrunden», falls sie feststellen, dass sie voraussichtlich am nächsten Tag noch mehr Strom benötigen oder zu viel haben. Die Nachfrage lässt sich zwar nie exakt voraussagen, doch in den Netzen müssen zu jeder Zeit Angebot und Nachfrage ausgeglichen werden. Laut der EU-Kommission lief im ersten Quartal 2022 rund 32 Prozent des Stromhandels über die Börse, und der Rest wurde direkt zwischen den Parteien gehandelt («over the counter»).

Die Kritik von Kommissionspräsidentin Von der Leyen bezieht sich auf die Merit-Order, weil diese die Erdgaspreise mit den Strompreisen «verknüpft». Diese Verbindung soll nun gekappt werden. Konkret gilt in diesem Börsenhandel, dass alle Stromanbieter denselben Preis für ihre Ware erhalten. Die Anbieter, also etwa Betreiber von Solaranlagen und Atomkraftwerken, melden der EEX die Strommengen, die sie am nächsten Tag verkaufen wollen, sowie ihre Grenzkosten. Die Grenzkosten sind die Kosten einer zusätzlich produzierten Einheit eines Gutes, also etwa einer Kilowattstunde. Diese Kosten sind für erneuerbare Energien verhältnismässig tief, weil zusätzliche Sonne nichts kostet. Im Vergleich dazu müssen Erdgaskraftwerke für zusätzliche Kilowattstunden mit zusätzlichem Erdgas versorgt werden.

Wie der Strompreis am europäischen Strommarkt entsteht

Der Preis hängt im **Merit-Order-System** vom teuersten Kraftwerk ab, das nötig ist, um die Nachfrage zu bedienen. Das ist derzeit oft ein Gaskraftwerk, wie die schematische Darstellung eines Strommarktes mit 12 Kraftwerken zeigt.

1. Es kostet sehr wenig, mit **Erneuerbaren** eine zusätzliche Kilowattstunde Strom zu erzeugen. Diese Anlagen werden deshalb eigentlich immer genutzt – wenn die Sonne scheint und der Wind weht.

2. Ist der Strombedarf mit den Erneuerbaren nicht gedeckt, werden die **Kernkraftwerke** dazugenommen. Eine zusätzliche Kilowattstunde mit Kernkraft zu produzieren, kostet etwas mehr als mit Erneuerbaren.

3. Die Grenzkosten bei **Kohle** sind nochmals höher. Meist wird aber mehr Energie nachgefragt, als Erneuerbare, AKW und Kohlekraftwerke liefern können.

4. Deshalb werden so lange **Gaskraftwerke** zugeschaltet, bis es ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage gibt.

5. Alle Anbieter erhalten den Preis, zu dem die letzte noch nachgefragte Kilowattstunde verkauft wird. Es ist auch die teuerste Kilowattstunde, die gerade noch verkauft werden kann.

QUELLE: NEXT-KRAFTWERKE

> Wird der Preis künstlich gesenkt, ist das nicht nur sehr teuer, sondern kann auch dazu führen, dass Konsumenten ihren Stromkonsum ausweiten und das Problem so noch verschärfen.

Die Börse vergleicht das Angebot sodann mit der eingegangenen Nachfrage und schaltet Kraftwerke in der Reihenfolge der Grenzkosten hinzu, bis die Nachfrage gedeckt ist. Sämtliche Anbieter, die den Zuschlag erhalten haben, kassieren den gleichen Preis. Dabei handelt es sich um die Grenzkosten des zuletzt zugeschalteten – und damit teuersten – Kraftwerkes.

Weil nun die erneuerbaren Energien und Atomkraft nicht ausreichen, um die Nachfrage zu decken, müssen derzeit Kohle- oder eben auch Gaskraftwerke zugeschaltet werden. Und wegen der stark gestiegenen Gaspreise haben die Gaskraftwerke sehr hohe Grenzkosten, was zu den hohen Grosshandels-Strompreisen beiträgt. Entsprechend erwirtschaften Firmen, die Strom aus erneuerbaren Quellen erzeugen, derzeit mit diesem Produkt hohe Gewinne.

Das ist grundsätzlich durchaus gewollt, da die Unternehmen mit diesem Gewinn die finanziellen Mittel für Investitionen erhalten. Und gerade erneuerbare Energien will ja insbesondere die Kommission im Rahmen des grünen «Deals» kräftig unterstützen.

Nur: Brüssel will nun einen Teil dieses Gewinns (auch als «Übergewinn» bezeichnet) abschöpfen und an die unter den hohen Strompreisen leidenden Konsumenten weitergeben, wie aus einem geleakten Papier der EU-Kommission hervorgeht. Die Mitgliedstaaten sollen demnach nicht nur mit Stromsparprogrammen, analog zu der jüngst beschlossenen Nachfragereduktion bei Erdgas, dämpfend auf die Preise einwirken. Sondern auch einen Teil der derzeit hohen Gewinne bei den Produzenten von erneuerbaren Energien abschöpfen. Diese Steuer wird laut Plan an die Transaktionen auf dem «day-ahead market» anknüpfen.

Lion Hirth, Professor für Energiepolitik an der Hertie School, meinte auf dem Kurznachrichtendienst Twitter am Donnerstag, dass der Vorschlag besser sei als viele Alternativen. So hat Brüssel offenbar auch noch viel weitergehende Eingriffe erwogen, bis hin zu einer vollständigen Suspendierung des Markets und einer De-facto(-Wieder)-Verstaatlichung der Stromversorgung.

Dennoch ist es bedenklich, dass die Kommission nun gewillt scheint, interventionistische Massnahmen zu ergreifen. Bisher hatte sie sich nicht darauf eingelassen und lediglich einen Bericht bei der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (Acer) bestellt. Diese schrieb im April, dass die derzeitige Gestaltung des Strommarkts nicht für die gegenwärtige Krise verantwortlich sei. Acer setzte sich vielmehr auf 78 Seiten deutlich dafür ein, dass es künftig nicht weniger, sondern mehr Markt brauche.

Mögliche Notfallmassnahmen wie etwa die temporäre Beschränkung des Preises sollten nur unter im Vornherein klar festgelegten Bedingungen und «weit im Voraus» eines Preishochs eingeführt werden. Mit anderen Worten: Ein solches «temporäres Entlastungsventil» könnte nicht diesen Winter zum Einsatz kommen.

Die falschen Anreize

Die Risiken bei weitgehenden Eingriffen in den Markt sind gross. Wird der Preis künstlich gesenkt, ist das nicht nur sehr teuer, sondern kann auch dazu führen, dass Konsumenten ihren Stromkonsum ausweiten und das Problem so verschärfen. Ferner wird die Produktion von Strom aus erneuerbaren Quellen wohl auch nicht gerade attraktiver, wenn er stärker besteuert wird, kaum werden in dem Gebiet Gewinne erzielt.

«Schlecht konzipierte Notfallmassnahmen könnten die hart erarbeiteten Vorteile der Strommarktintegration gefährden», schrieb Acer. Das derzeitige Marktdesign vereinfache den grenzüberschreitenden Handel, was die Versorgungssicherheit erhöhe. Zudem würden erneuerbare Energien unterstützt.

Ob aller Notfallmassnahmen geht ferner vergessen, dass gerade Deutschland noch ein Ass im Ärmel hätte, das dämpfend auf die Strompreise wirken würde. Berlin kann nicht nur die drei vor der Abschaltung stehenden Kernkraftwerke weiterlaufen lassen, sondern auch die drei Ende 2021 gestoppten Reaktoren zumindest vorübergehend wieder hochfahren und damit das Angebot im Strommarkt ausweiten. Nun werden als Nächstes die Energieminister kommenden Freitag in Brüssel an einer ausserordentlichen Sitzung diese Ideen besprechen. Konkrete Vorschläge für die Marktreform könnte die Kommission dann beispielsweise nach der Rede von der Leyens zur Lage der Europäischen Union am 14. September vorstellen.